

Kalter Frieden, konstitutionelle Politik

Die schwierige Regierungsbildung in Nordirland: Regionalwahlen, Friedensprozess und Sinn Féin

Nordirland mangelt es nicht an Wahlen. Seit dem zu Recht als historisch gepriesenen Karfreitagsabkommen vom April 1998 haben die Bewohner der lange Zeit als „Unruheprovinz“ bezeichneten Region am 7. März 2007 nun bereits acht Wahlen (Kommunalvertretungen, Regionalparlament, britisches Unterhaus, Europaparlament) erlebt. Die Wahlbeteiligung liegt dabei in Nordirland zumeist über derjenigen in den anderen Teilen Großbritanniens. Das ist weniger Ausdruck eines Vertrauens in die politischen Institutionen, als vielmehr einer immer noch durch eine starke Abgrenzung zwischen den „Lagern“ gekennzeichneten Mobilisierung, einer Art des parteipolitischen Zensus bei gleichzeitiger Justierung der Kräfteverhältnisse innerhalb der Lager.

Die Besonderheit der jüngsten Regionalversammlungswahlen liegt darin, dass ein Parlament wiedergewählt wurde, das überhaupt nur eine kurze Zeit (2000 bis 2002) aktiv war, dessen Abgeordnete aber gleichwohl fortlaufend nicht geringe Diäten erhielten. Diesbezüglich besteht Einigkeit über die Lagergrenzen (irisch-katholisch bzw. nationalistisch hier, unionistisch-protestantisch bzw. probritisch dort): Mehr als $\frac{3}{4}$ der Bürger/innen Nordirlands teilen die Auffassung der Regierungen in London und Dublin, dass eine weitere Bezahlung eines gelähmten, nicht aktiven Parlamentes in Zukunft unterbleiben soll, wenn sich nicht bis zum 26. März zumindest die grundsätzliche Bereitschaft zu einer Regierungsbildung gemäß den Vorgaben des Karfreitagsabkommen von 1998 und des St. Andrews-Agreements vom Oktober 2006 abzeichnet. Im Falle eines Scheiterns der Regierungsbildung sollen nicht nur die 108 frisch gewählten Abgeordneten künftig kein Geld mehr erhalten, darüber hinaus soll die Verwaltung Nordirlands auf unbestimmte Zeit bei der britischen Regierung verbleiben. Da dies einen Teil der Unionisten nicht allzu sehr schreckt, ist für diesen Fall eine noch stärkere Einbindung der irischen Regierung in die Verwaltung Nordirlands vorgesehen. Das ist nun wiederum für radikale Unionisten eine bedrohliche Vorstellung, auch wenn selbst ihr mittlerweile achtzigjähriger Anführer Reverend Ian Paisley heutzutage keine Schneebälle mehr auf irische Minister wirft, die katholische Kirche nicht mehr als „Hure Babylon“ und den Papst nicht mehr „Antichristen“ bezeichnet. So gesehen könnte es tatsächlich geschehen, dass Paisley, ein Prototyp des religiös-politischen Fundamentalisten, seine Karriere als First Minister der nordirischen Regierung beendet, mit Martin Mc Guinness, Sinn Féins „Nr 1b“ neben Gerry Adams, als seinem Stellvertreter. Der Katholikenhasser Paisley, dessen Motto lange Zeit „never, never, never“ und dessen Rufname „Dr No“ waren, an der Seite des Mannes, den viele Beobachter, trotz seiner Dementis, für den langjährigen IRA-Stabschef halten, es wäre in der Tat eine ironische Wendung der Geschichte. Auch wenn ein solches Szenario nach wie vor unsicher ist, unmöglich ist es nicht mehr. Denn im Unterschied zu den gescheiterten Regierungsbildungen der Jahre 1998 bis 2003, als noch die etwas gemäßigtere Ulster Unionist Party die Dominanz im unionistisch-protestantischen Lager inne hatte, dabei aber ständig von der extremen DUP bedrängt wurde, sobald sie auch nur zaghaft Kompromissbereitschaft andeutete, muss Paisley keine nennenswerte Konkurrenz „rechts“ von sich fürchten. Immerhin ging die DUP diesmal mit einer ambivalenten, zögerlichen Haltung in der Frage eines Kompromisses mit Sinn Féin in die Wahlen, nicht mehr mit einem kategorischen Nein. Noch radikalere Kandidaten/innen außerhalb der DUP, die sich gegen jeden Kompromiss aussprachen. Wenn es denn stimmt, dass nur Nixon nach China gehen, nur de Gaulle den Algerien-Krieg beenden konnte, dann stünde es um einen „historischen Kompromiss“ in Nordirland so schlecht nicht.

Geld spielt dabei nicht nur hinsichtlich der drohenden Diäten-Streichung eine Rolle, auch eine „Friedens-Dividende“ des jetzigen Londoners Schatzkanzlers und wahrscheinlichen Blair-Nachfolgers Gordon Brown lockt. Paisley fordert jedenfalls schon einmal 1 Milliarde Pfund (rund 1,5 Mrd. Euro) zusätzlich für die künftige Regierung der 1,6 Millionen Nordiren. Dem widersprechen auch seine ungeliebten Koalitionspartner/innen in spe von SF nicht. Ihr Interesse an einer Regierungsbildung, für die die Republikaner viel gegeben haben, zuletzt durch die Anerkennung der neuen nordirischen Polizei (PSNI), ist dabei mehrschichtig: Einerseits hat SF Geschmack an der Realpolitik gefunden, erwarten auch ihre Wähler/innen nicht nur Bekenntnisse zur irischen Einheit, sondern auch konkrete Hilfe in Fragen der öffentlichen Sicherheit, der Wasserversorgung und -preise (ein Topthema für viele Wähler/innen!), der medizinischen Versorgung und in Schulfragen. In der Kommunalpolitik sind SF-Vertreter/innen längst praktisch ausgerichtete Politiker/innen. Andererseits verfolgt die SF-Führung seit langem die Absicht, nach dem blutigen und letztlich erfolglosen jahrzehntelangen gewaltsamen Kampf für eine irische Vereinigung nunmehr auf konstitutionellem Wege die Voraussetzungen dafür zu schaffen – nicht zuletzt durch eine Regierungsbeteiligung im Norden wie im Süden. In der Republik Irland finden in wenigen Monaten Wahlen statt, und SF hofft, nach dem spektakulären Durchbruch 2002 (Steigerung von unter 3 auf 6,5%, damit nach Stimmen viertstärkste Partei) weiter zulegen zu können und perspektivisch eine Regierung mit der seit 75 Jahren dominierenden irischen Partei, Fianna Fail, eingehen zu können. Für die Erfolge SF im Süden, speziell bei Jüngeren und in den aufstrebenden Mittelschichten, war die Überwindung des „bewaffneten Kampfes“ eine noch wichtigere Voraussetzung als für die Erfolge im Norden.

SF Stärke liegt auch darin, dass sie die einzige nennenswerte Partei ist, die im Norden wie im Süden arbeitet. SF ist folglich auch die einzige Partei, die aus 2 EU-Mitgliedsländern Vertreterinnen in das Europäische Parlament entsendet – Mary Lou McDonald (Irland) und Bairbre de Brun (Nordirland/GB), die beide der der Linksfraktion GUE-NGL angehören. Von einer Regierungsbildung im Norden würde vermutlich die DUP noch mehr profitieren als SF, so paradox dies angesichts des Widerstandes der Unionisten erscheinen mag. Bei aller pro-britischen Ausrichtung haben auch große Teile der Unionisten ein Bedürfnis nach einer weitgehenden Autonomie von London, wie sie bis 1972 fünfzig Jahre lang, wenn auch ohne Machtteilung, bestand. Auch wollen große Teile der unionistischen Wählerschaft Teil haben an dem wirtschaftlichen Erfolg, den die Republik Irland in noch stärkerem Maße als Großbritannien oder gar Nordirland erlebt. Und schließlich bietet die Regierungsbildung mit ihrer unionistischen Mehrheit in der künftigen Regierung (die DUP würde 4, die UUP 2 Minister/innen stellen, SF 3 und die SDLP 1), auch die Möglichkeit, das traditionelle, auf frühe Differenzierung setzende nordirische Schulsystem zu verteidigen, trotz der entgegen gesetzten Haltung von SF in dieser Frage. An der Frage der Unternehmensbesteuerung sollte die Regierungsbildung gewiss nicht scheitern, wollen doch alle Parteien die niedrigen (12,5%) Sätze der Republik Irland für Investoren übernehmen. Für die Unionisten ist es dabei kein Hindernis, dass sie damit ein Modell der Republik übernehmen und faktisch die Einheitlichkeit des irischen Wirtschaftsraums stärken, und SF sieht hierin offenbar auch keinen Widerspruch zu ihrer ansonsten linken Sozial- und Steuerpolitik, mit der sie sich in der Republik Irland gegen die Regierung zu profilieren versucht.

Verfestigung der Lager: DUP und SF bauen ihren Vorsprung aus

Stabil war am 7. März die Wahlbeteiligung (63,5%), relativ stabil auch das Abschneiden der Parteien und Lager. Die Democratic Unionist Party (DUP) von Ian Paisley, baute ihren 2003 erstmals errungenen Vorsprung vor der traditionsreichen Ulster Unionist Party (UUP) diesmal deutlich aus. Mit 30% der Stimmen und 36 (von 108) Mandaten ist die DUP nunmehr exakt doppelt so stark wie die UUP, und dies praktisch auf allen Ebenen, vom Unterhaus in London über das Regionalparlament in Stormont bis in die meisten Kommunalvertretungen.

Insgesamt kommt das unionistische Lager (DUP, UUP, PUP, UKUP sowie einige unanhängige Kandidaten/innen) bei leichten Verlusten auf einen Stimmenanteil von über 47%. Für Kandidaten/innen des (irisch-) nationalistischen Lagers (SF, SDLP, republikanische Dissidenten/innen) stimmten etwa 42% der Wähler/innen, ein geringfügiger Gewinn. Dies bestätigte in etwa das Wahlverhalten der letzten Jahre, wobei die beiden Hauptparteien des irisch-katholischen Lagers zusammen fast 95% der Stimmen „ihrer“ Bevölkerungsgruppe auf sich vereinigen konnten, die unionistischen Parteien etwa 90%. Unter den Parteien, die nicht eindeutig den beiden Blöcken zuzuordnen sind, verdienen vor allem die traditionsreiche Alliance Party (AP) und die Grünen (GP) Erwähnung. Die AP, Schwesterpartei der britischen Liberaldemokraten, entstammt ursprünglich dem Lager des gemäßigten Protestantismus/Unionismus. Nach Jahren der Stagnation konnte die Alliance Party diesmal einen leichten Stimmenzuwachs auf gut 5% und damit 7 Mandate erringen. Mit der chinesisch-stämmigen Anna Lo stellt sie die erste Vertreterin einer ethnischen Minorität im Parlament, was angesichts eines zuletzt gewachsenen rassistischen Potenzials in Nordirland durchaus erwähnenswert ist. Dennoch bleibt das bürgerliche „Mittelfeld“ in Nordirland schwach, woran auch der erstmalige Einzug eines Grünen in das Regionalparlament und die Wiederwahl eines lokalen Aktivisten für den Erhalt eines Krankenhauses in West Tyrone grundsätzlich wenig ändert. Nicht besser erging es wieder einmal linken Kandidaten/innen, die sich außerhalb der Grenze der kulturell-ethnoreligiösen Lager und damit vor allem neben SF bewegen. Selbst bei einer großzügiger Rechnung können weniger als 1% der Stimmen einem nichtkonfessionell-linken Bereich zugeordnet werden.

Partei	Stimmenanteil	+/- zu 2003	Mandate	+/- zu 2003	Unterhauswahlen 2005 - Stimmenanteil	Unterhaus 2005 - Mandate
DUP	30,1%	+4,4	36	+6	33,7%	9 (+4)
SF	26,2%	+2,6	28	+4	24,3%	5 (+1)
UUP	14,9%	-7,7	18	-9	17,7%	1 (-5)
SDLP	15,2%	-1,8	16	-2	17,5%	3 (0)
AP	5,2%	+1,6	7	+1		0
GP	1,7%	+1,4	1	+1		0
PUP	0,6%	-0,6	1	0		0
UKUP	1,5%	+0,7	0	-1		0
Andere	4,6%	-0,6	1	0		0

Success Story: Der Aufstieg von Sinn Féin

Der Aufstieg von SF in den letzten gut 10 Jahren ist fast einzigartig in der gegenwärtigen europäischen Parteienlandschaft. Ende der 1980-er, Anfang der 1990-er Jahre hatte sich SF im Norden bei Wahlergebnissen von 10% eingependelt, was für eine Partei, die erst 1981 ihre Wahlboykott beendete, durchaus bemerkenswert war. Diese Ergebnisse entsprachen einem Anteil von etwa einem Drittel an der irisch-katholischen Wählerschaft. Die dominierende Partei in diesem Lager war die gewaltfrei orientierte Social and Democratic Labour Party (SDLP) unter der langjährigen Führung des späteren Friedensnobelpreisträgers John Hume. Insgesamt kam das „nationalistische“ (irische) Lager auf kaum mehr als ein Drittel der Stimmen. In den Jahren 1995 bis 1999 steigerte SF ihren Stimmenanteil auf Werte zwischen 15 und 18%, 2001 wurde die 20%-Marke erstmals überschritten und die SDLP als stärkste Partei des irisch-katholischen Lagers abgelöst. 2003 und 2005 näherte sich SF dann der 25%-Marke, die sie jetzt überschritten hat, und baute den Vorsprung zur SDLP kontinuierlich aus.

Versuche, konfessionsübergreifende sozialistische oder Arbeiterparteien zu etablieren, hatten hingegen immer weniger Erfolg. Im Süden haben SF, z.T. auch die Grünen und die „Socialist Party“ des Joe Higgins, die Plätze links der Mitte bzw. neben der Labour Party besetzt, im Norden alleine SF.

Der von Rückschlägen begleitete Friedensprozess im Norden, dessen zentrale Ereignisse die beiden IRA-Waffenstillstandserklärungen (August 1994 bis Februar 1996 und seit Juli 1997) und das Karfreitagsabkommen vom April 1998 waren, eröffnete SF die Möglichkeit, auch außerhalb des harten republikanischen Lagers in der irisch-katholischen Community Stimmen zu gewinnen. Am 7. März 2007 erhielt SF nun rund 60% der irisch-katholischen Stimmen, die SDLP gerade einmal ein gutes Drittel.

Bemerkenswerter Weise gelang es der SF-Führung unter Gerry Adams und Martin McGuinness dabei, im Unterschied zu der an Spaltungen und blutigen Fehden reichen Geschichte des irischen Republikanismus, Abspaltungen in engen Grenzen zu halten. Zwar haben sich viele Veteranen des militanten Republikanismus, darunter viele Weggefährten/innen von Adams und McGuinness, von SF getrennt. Nur wenige schlossen sich aber konkurrierenden republikanischen Terrorgruppen wie der Continuity IRA (seit 1986/87) und der Real IRA (seit 1997) oder der älteren „Irish National Liberation Army (INLA) und deren schwachen politischen Vertretungen an.

Zu Terroranschlägen sind CIRA und RIRA nur noch in kleinerem Ausmaße fähig, ein Blutbad wie jenes im August 1997, bei dem 29 Menschen einem RIRA-Attentat zum Opfer fielen, scheint heute unwahrscheinlich. Der Friedensprozess der letzten Jahre hat die Bereitschaft zu fanatischen Anschlägen und Selbstopfern (freilich nie bewussten Selbstmordattentaten) schwinden lassen. Entgegen der fortgesetzten Verrats-Anprangerung der Hardcore-Republikaner haben sich die Lebensverhältnisse der katholischen Nordiren spürbar verändert. Wenn auch die irische staatliche Einheit nicht erreicht wurde, die sozialen Verhältnisse haben sich gebessert, die systematische Diskriminierung ist weitgehend verschwunden. Es fehlt den Dissidenten/innen daher an einer Stimmung und einem Hinterland, wie die PIRA es in den siebziger und achtziger Jahren besaß. Gleichzeitig wirkt die Ideologie der Dissidenten/innen, eine verstaubte Mixtur aus Nationalismus, Antiimperialismus und bei einigen auch noch „Sozialismus“, wie ein zwar abschreckendes, letztlich aber nur noch wenig bedrohliches Relikt aus längst vergangenen Zeiten. Globalisierung und Europäische Integration, der Zusammenbruch des Staatssozialismus sowjetischer Prägung und vor allem die gesellschaftlichen Modernisierungsprozesse in Großbritannien und Irland scheinen in diesem Weltbild ohne Bedeutung zu sein.

Die Dissidenten/innen im republikanischen Lager haben durchaus auch intelligente, eloquente Vertreter/innen, so etwa Anthony McIntyre oder die legendäre Bernadette Devlin-McAliskey. In ihren Angriffen auf die SF-Führung steckt mehr als nur ein Funke Wahrheit – Karriereinteresse, ein allzu ausgeprägtes Bewusstsein des Styling politischer Auftritte, der Wunsch nach administrativer Beteiligung und eine nicht eben basisdemokratische innerparteiliche Vorgehensweise lassen sich durchaus kritisieren. Nur fehlt selbst den klügeren unter den Dissidenten/innen, die keine Rückkehr zur Gewalt favorisieren, jede positive Vorstellung, was denn eine Alternative zu dem Kurs von SF sein könne. SF hingegen hat sich als außerordentlich erfolgreiche, und damit auch für talentierte junge Menschen mit Aufstiegsplänen attraktive Partei in der linken Mitte des Parteienspektrums etabliert

Bei den jüngsten Wahlen kandidierten mehrere Kandidaten/innen aus dem Lager der Dissidenten/innen, viele von ihnen eigentlich jeder Wahlbeteiligung abgeneigt. Sie erhielten dabei den Zuspruch einer Reihe ehemaliger IRA-Kämpfer/innen und -Unterstützer/innen. Erfolg blieb ihnen jedoch verwehrt, kein/e einzige/r Kandidat/in kam auch nur in die Nähe eines Mandats.

Wenn SF etwas zu befürchten hat, dann ist es nicht die Konkurrenz von republikanischen Dissidenten/innen, deren Kritik nichts Zukunftsweisendes enthält. Die Kritik am Friedensprozess geht ins Leere, weil sie destruktiv ist und keinerlei Alternativen anzubieten hat. Praktisch niemand in Nordirland will zurück in die siebziger und achtziger Jahre, kaum jemand glaubt, dass eine Rückkehr zur Gewalt eine irische Vereinigung oder gar einen diffusen „Sozialismus“ näherbringen könnte, auch ernst zu nehmende Kritiker/innen wie McAliskey oder McIntyre nicht. Selbst sie bleiben aber oftmals in der sentimentalen Beschwörung der Opfer früherer Republikanerinnen und Republikaner stecken: Diese dürften doch nicht für eine gemeinsame irisch-nordirische Tourismusbehörde oder eine begrenzte Kontrolle der nordirischen Polizei durch nordirische Nationalisten gestorben sein. Etwas anders formuliert monieren die Dissidenten/innen, die jetzige Form der konstitutionellen Mitsprache und Machtteilung in Nordirland bei gleichzeitigem Verbleib des Nordens im Vereinigten Königreich hätte doch bereits in den siebziger Jahren erreicht werden können, SF habe sich letztlich verkauft.

Doch diese Kritik geht in mehrfacher Hinsicht fehl. Sie bleibt nicht nur wegen ihrer fehlenden Handlungsalternative hilflos, sie ist auch vollkommen der Vergangenheit verhaftet. Selbst wenn bereits 1973 mit dem Sunningdale Agreement ein Modell der Machtteilung angestrebt wurde, so ist es kaum überzeugend, alleine deshalb seine Weiterentwicklung im Good Friday Agreement von 1998 zu verwerfen, weil zwischen 1973 und 1998 rund 3.000 Menschen im Bürgerkrieg gestorben sind. Nach dieser Logik müsste jeder Krieg immer weiter gehen, um nicht seine bisherigen Opfer sinnlos erscheinen zu lassen. Die Überwindung dieser Opfer- und Märtyrerfixierung, die eine zentrale Triebfeder für den republikanische Gewaltlegitimation war, ist entscheidend für die Dauerhaftigkeit des Friedensprozesses.

Die Kritik des „Dafür sind unsere Kameraden nicht gefallen!“ geht auch deshalb fehl, weil die Umstände heute einen Frieden in Nordirland erlauben, was in den siebziger Jahren nur schwer vorstellbar war. Damals scheiterten Kompromissversuche wie das Sunningdale Agreement nicht in erster Linie an der starken Ablehnung durch die IRA, sondern mehr noch an der Mehrheit der Unionisten und Loyalisten. Damals war die Lage der irisch-katholischen Bevölkerungsgruppe in Hinblick auf Bürger/innenrechte und soziale Verhältnisse ungleich schlechter als heute.

Nein, SF muss in Nordirland nicht die Konkurrenz radikalerer Republikaner/innen, und auch nicht die Konkurrenz der moderaten SDLP fürchten – genauso wenig, wie die DUP von noch extremeren Unionisten oder von der ausgelaugten UUP bedroht scheint. Bedenklich erscheint stattdessen eine verbreitete Stimmung von politischer Desillusionierung, sogar Zynismus in Bezug auf jede Art von Politik. Für eine Partei wie SF, die sich lange Zeit eher als Bewegung denn als Partei, als Anti-Establishment-Kraft verstand, ist dies ein latentes Problem. Gleichzeitig findet damit in gewisser Weise eine Angleichung an die Legitimationsprobleme anderer parlamentarischer Demokratien statt. Auch in dieser Hinsicht bewegt sich Nordirland, wenn auch langsam, auf eine europäische Normalität hin, im Guten wie im Schlechten.

Ursachen der Konfliktlösung

Die schrittweise, von vielen Rückschritten begleitete Konfliktlösung in Nordirland hat viele Ursachen. Vier seien hier herausgegriffen:

- Ein Patt auf „militärischem“ Gebiet Ende der achtziger Jahre und eine Kriegsmüdigkeit in großen Teilen gerade der irisch-katholischen Community.
- Die Möglichkeit der Transformation einer gewaltorientierten Bewegung in eine zunehmend politische – der Weg von der alleinigen Dominanz der IRA in der republikanischen Bewegung hin zu ihrer faktisch Umwandlung in eine Veteranen/innen-Organisation bei alleiniger Dominanz von SF.

- Die umfassende, vor allem wirtschaftliche, aber auch gesellschaftliche Modernisierung der Republik Irland seit Anfang der 1990-er Jahre.
- Eine veränderte internationale Lage, die sich vor allem durch die ökonomische Globalisierung, den (in diesem Falle zumeist positiven) Einfluss der USA, den europäischen Einigungsprozess und eine abnehmende Parteinahme der irischen und britischen Regierungen für eine der Konfliktparteien ausdrückte.

Gewaltsame Konflikte enden oftmals dann, wenn alle Konfliktparteien den zu entrichtenden Preis für zu hoch halten und an einen „militärischen“ Sieg nicht mehr glauben. Sie enden nicht automatisch, und insofern hängt viel von den politischen Akteuren ab, die in einer solchen Konfliktphase Spielraum erhalten. Nordirland hatte in dieser Phase Politiker/innen, die diesen Herausforderungen zumindest teilweise entsprechen konnten. In London engagierten sich die Regierungen von Tony Blair, dessen Engagement für eine friedliche Lösung der „irischen Frage“ ihm auch seine vielen Kritiker/innen nicht bestreiten, in Dublin von Albert Reynolds, John Brutton und Bertie Ahern (parallel zu Blair seit 1997) in einem bis dahin nie gegebenen Gleichklang. Selbst die konservative britische Regierung von John Major (1990 bis 1997) hat ihre Verdienste an dem nordirischen Friedensprozess.

Die Einschätzung, dass der Konflikt „militärisch“ nicht gewinnbar war, wuchs seit der zweiten Hälfte der achtziger Jahren sowohl auf Seiten der IRA als auch bei britischen Verantwortlichen. Die IRA hätte noch lange Anschläge verüben können, aber ihre eigenen Verluste wären immer größer geworden, ein Vereinigung des Nordens mit der Republik war so, dass wurde nun auch den Führern von IRA und SF klar, nicht erreichbar. Die IRA stand nicht, wie jetzt gelegentlich behauptet wird, vor ihrer finalen Niederlage, aber noch weiter war sie von einem „Sieg“ entfernt. Vor diesem Hintergrund wuchs auch eine Form der Kriegsmüdigkeit.

Der republikanischen Bewegung gelang dabei etwas, was ihren Gegnern auf Seiten der loyalistischen Paramilitärs (UDA/UFF, UVF, ULV usw.) weitgehend misslang: Sie transformierten ihre Bewegung schrittweise in eine politische, die bei Wahlen außerordentlich erfolgreich war und so nicht zuletzt politische und berufliche Betätigungsalternativen zum bewaffneten Kampf bot. Auch insofern ist der nordirische Friedensprozess lehrreich für andere Konflikte und deren Lösungsversuche.

Parallel durchlief vor allem die irische Gesellschaft eine rasante Entwicklung vom Armenhaus der EU hin zum keltischen Tiger, Irland liegt jetzt mit seinem Durchschnittseinkommen an zweiter Stelle in der EU. Die irische Republik modernisierte sich auch gesellschaftlich, begann sich aus der reaktionären Enge und Stagnation einer rückwärtsgewandten Auslegung des Katholizismus zu befreien – ein Prozess, der allerdings noch lange nicht abgeschlossen ist, denn immer noch gehören z.B. die Scheidungs- und Abtreibungsregelungen zu den restriktivsten in der EU. Irland erschien damit weniger fremd und bedrohlich, vielmehr langsam sogar attraktiv für Teile der nordirischen Gesellschaft, allemal in ökonomischer Hinsicht. Mit dem wirtschaftlichen Boom und der beginnenden gesellschaftlichen Modernisierung stieg auch das Selbstbewusstsein der irischen Communities weltweit an, nicht zuletzt in Großbritannien und in Nordirland. Irland wurde Einwanderungsland, für irischstämmige Menschen aus aller Welt, mehr aber noch für Arbeitsmigranten/innen aus den EU-Beitrittsländern und Asien, und auch für Flüchtlinge. Auch Nordirlands Katholiken wurden in den neunziger Jahren selbstbewusster, ihre Schüler/innen und Studierenden zogen im Bildungssystem mit den Protestanten gleich, oder überflügelten sie sogar. Parallel stiegen in den letzten 10 Jahren Investitionen aus Irland im Nordteil der Insel sprunghaft an.

Schließlich hat die europäische Integration, wiewohl ihr sowohl SF als auch die meisten Unionisten kritisch gegenüberstehen, ein ökonomisches Zusammenwachsen der Republik Irland und des Nordens gefördert. Mag auch Nordirland nach wie vor am britischen Pfund hängen, während die Republik längst den Euro eingeführt hat, die beiden Teile der Insel sind

zunehmend verflochten. Daneben haben die Regierungen in London und Dublin, hierin Mehrheitsmeinungen in ihren Ländern ausdrückend, den Konfliktparteien im Norden verdeutlicht, dass ihr Konflikt in erster Linie innerhalb ihres Landes stattfindet, nicht aber zwischen Irland und Großbritannien. Vor dem Hintergrund dieser Entwicklung mussten vor allem die nordirischen Republikaner/innen sich von ihrer gerade existenziellen Annahme lösen, der Nordirland-Konflikt sei in erster Linie immer noch ein irisch-britischer, mithin ein antikolonialer Konflikt, weniger ein interner zwischen zwei Communities. Faktisch hat SF sich mittlerweile dieser Realität gestellt, im Unterschied zu den republikanischen Dissidenten/innen, offiziell bleibt aber auch für SF das Ausscheiden des Nordens aus dem UK und der Anschluss an die Republik Irland die zentrale Konfliktdeutung und Lösung. Doch hat die Forderung nach einer irischen Vereinigung, in der die „sozialistische Republik“ doch eher nur Beiwerk als zentral war, ihre einstmals revolutionäre Bedeutung längst verloren. Die konkreten Lebensumstände, die Chancen auf soziale Verbesserung und Überwindung von Diskriminierung, lassen sich auch jenseits der „nationalen Frage“ gestalten. Das paradoxe Fazit der Politisierung der republikanischen Bewegung könnte daher lauten: Sie ist erfolgreich wie nie, kann eine verbesserte Lebenswelt der irisch-katholischen Bevölkerung nunmehr aktiv mitgestalten, ohne ihr ursprüngliches Kernziel, die irische Einheit, erreicht zu haben. Anders als es die Dissidenten/innen sehen, ist dies aber nicht Ausdruck eines Verrats, sondern Ergebnis einer realen Veränderung der Lebensverhältnisse und damit einer vernünftigen Anpassung an diese Realität.

Für SF bliebe auch bei einer Relativierung des „nationalen“ Themas Platz im politischen Spektrum beider Landesteile. Der irische Boom hat auch Verlierer/innen zurückgelassen, als deren Vertretung sich SF z.T. sieht. Der wachsende Wohlstand Irlands ist sehr ungleich verteilt, die soziale Infrastruktur bleibt hinter den finanziellen Möglichkeiten zurück. Korruption – in der Republik ein größeres Problem als im Norden –, eine nicht immer nur latente Fremdenfeindlichkeit, Auseinandersetzungen um die Rechte von Beschäftigten und Gewerkschaften im Musterland internationaler Investoren – die Liste von Themen, mit denen sich eine Partei der linken Mitte profilieren kann, ist lang. In Verbindung mit der politischen Friedensdividende, die SF zu Gute kommt, und der Ausstrahlung auch auf junge Akademikerinnen und Akademiker, kann SF letztlich auch ohne eine Realisierung des emotionalen Herzstücks des irischen Republikanismus, der nationalen Einheit, erfolgreich agieren.

Ob es die Vereinigung Nordirlands mit dem Süden irgendwann geben wird, als Ergebnis des demographischen Wandels, in dessen Verlauf der irisch-katholischen Bevölkerungsanteil bei nunmehr annähernd 45% liegt, ist offen. Vielleicht wird die Frage einer formalen Vereinigung aber in 1 oder 2 Jahrzehnten auch als vergleichsweise unbedeutend erscheinen, falls die wirtschaftliche und politische Verflechtung weiter voranschreitet. werden. Der Blick des Nordens geht jedenfalls immer stärker in Richtung Dublin und nicht mehr in erster Linie Richtung London.

Fortbestehende Probleme

Das Misstrauen zwischen den beiden nordirischen Communities und insbesondere zwischen DUP und SF hat neben der grundsätzlichen auch eine sehr konkrete Komponente: Die Rolle von Polizei und Justiz sowie das staatliche Gewaltmonopol.

Der Krieg der (Provisional) IRA gegen Briten, Militär, Polizei und das bürgerlich-unionistische Lager ging 1997 weitgehend zu Ende, von den erklärten Gegner/innen des Friedensprozesses (CIRA, RIRA) abgesehen. Anders verhielt es sich zunächst mit dem Kampf gegen die loyalistischen Paramilitärs, doch ist auch dieser seit geraumer Zeit bis auf sporadische Ereignisse beendet. Bis 2005 blieb die IRA aber innerhalb der katholischen Community aktiv, ging z.T. gewaltsam, bis hin zu Morden, gegen Dissidenten/innen und

Kriminelle (v.a. bei Drogenhandel, Mord, Vandalismus und Sexualstraftaten) vor. Von der Rolle als selbsternannter Ordnungsmacht, vor allem in den traditionellen Arbeiterbezirken in Belfast, löste sich die republikanische Bewegung am schwersten. Diese Funktion, die aus der Ablehnung des nordirischen Staates erwachsen war, stieß lange Zeit durchaus auf Zustimmung vieler Menschen, immer mehr jedoch auch auf massive Kritik, wie sich vor allem anlässlich eines gänzlich unpolitischen Mordes an einem jungen Katholiken im Januar 2005 und einem großen Bankraub im Dezember 2004 zeigte. Beide Taten wurden IRA-Mitgliedern zugeschrieben, sie verdeutlichten auch der SF-Führung, dass die Zeit der IRA vorbei sein musste. Einschüchterung, Gewalt und zu seiner Durchführung auch Formen „gewöhnlicher“ Kriminalität waren immer Elemente des IRA-Kampfes. Nachdem aber der eigentliche „bewaffnete Kampf“ 1997/1998 beendet worden war, stand die IRA in der Gefahr, zu einer rein kriminellen Organisation zu verkommen, wie es die meisten loyalistischen Paramilitärs längst waren. Aus Sicht von SF konnte die IRA ihr politisch nicht mehr helfen, vielmehr war sie längst zu einem Ballast geworden. Folgerichtig schloss die IRA im Sommer und Herbst 2005 ihre (Selbst-)Entwaffnung vollständig ab und erklärte ihren gewaltsamen Kampf für beendet. Vor wenigen Wochen schließlich stimmte ein SF-Sonderparteitag der Anerkennung der keineswegs nur dem Namen nach neugestalteten nordirischen Polizei (Police Service of Northern Ireland, nicht mehr Royal Ulster Constabulary) zu. SF wird nunmehr die ihr zustehenden Plätze in den kommunalen Polizeiaufsichtsgremien einnehmen. Vor der Folie des nordirischen Bürgerkriegs und des Staatenzerfalls in vielen Konfliktregionen der Welt stellt sich das öffentliche Gewaltmonopol als das deutlich kleinere Übel im Vergleich zum „freien Spiel der Kräfte“ der Gewalt dar. Nicht zu Unrecht verweist die SF-Führung darauf, dass es wenige Länder gebe, in denen die Polizei einer solchen öffentlichen Kontrolle unterliege wie der neue PSNI. Für die Republikaner/innen bleibt die komplette Verlagerung auch der Geheimdienstkontrolle in die Hände der künftigen Regionalregierung ein zentraler offener Punkt. Für die DUP steht dagegen noch in Frage, ob SF den wirklich vorbehaltlos Polizei und Justiz unterstützen, d.h. sich aktiv an der Aufklärung künftiger Gewalttaten beteiligen werde. Das wechselseitige Misstrauen sitzt also noch tief, und gerade an den Fragen von Polizei und Justiz kann die Regierungsbildung durchaus scheitern. Bereits seit einigen Jahren müssen im neuen PSNI 50% der neuen Mitarbeiter/innen Katholiken sein. Insgesamt ist ihr Anteil in der Polizei von deutlich weniger als 10% auf bisher nur gut 20% gestiegen. Entscheidend wird letztlich sein, ob die Anerkennung der Polizei durch SF die Bereitschaft junger einheimischer Katholiken erhöht, sich für den Polizeidienst zu bewerben.

Die letzten Monate und Jahre haben durch die beharrliche Arbeit der nordirischen Ombudsfrau, Nuala O'Loan, aber auch durch journalistische und wissenschaftliche Arbeiten und nicht zuletzt die der „Saville Inquiry“ zur Untersuchung des „Bloody Sunday“ von 1972 das Ausmaß der Beteiligung von Geheimdiensten und Polizei an loyalistischen Anschlägen und Repressionen gegen Katholiken deutlich gemacht („collusion“). Dies erklärt das Misstrauen der Republikaner/innen, zeigt aber auch, dass im „neuen“ Nordirland eine Aufklärung staatlicher Verfehlungen und Verbrechen möglich ist. Deutlich geworden ist auch, wie tief die Durchdringung loyalistischer paramilitärischer Gruppen, aber auch der IRA (es seien hier nur die bekannten Beispiele hochrangiger IRA-Informanten wie Denis Donaldson und Freddi Scappaticci genannt), durch Polizei und Geheimdienste war. Auch der Krieg der IRA, und erst recht der Krieg gegen die IRA, war in weiten Teilen ein schmutziger Krieg, der im Laufe der Jahre immer verworrene Züge annahm. Sein Ende zu bedauern oder zu kritisieren ist absurd. Diesen Krieg zu beenden war überfällig.

Ein großes Problem stellt die Situation der ehemaligen loyalistischen Paramilitärs dar. Sie haben keine grundlegende Entwaffnung betrieben, selbst ihre Waffenstillstände wurden vielfach gebrochen. Ungleich stärker noch als ihre früheren Feinde sind sie tief in eine völlig unpolitische Kriminalität verstrickt. Auch verüben Loyalisten weiterhin eine Reihe von Gewalttaten und waren lange Zeit in blutige interne Fehden verstrickt.

Die protestantische working class ist der vielleicht größte Verlierer der letzten zwei bis drei Jahrzehnte. Im Unterschied zur republikanischen Gegenseite haben sie keine dauerhaft erfolgreichen politischen Organisationen etablieren können. Bei den jüngsten Wahlen gelang es der Progressive Unionist Party (PUP) als einziger Partei, die aus einer der loyalistischen Terrororganisationen hervorging, gerade einmal noch ein Mandat zu verteidigen. Die radikaleren Teile des bürgerlichen Unionismus haben die loyalistischen Gruppen während des Bürgerkriegs bis zu einem gewissen Maße gewähren lassen, auch erhält die DUP viele Stimmen aus der protestantischen Arbeiterschaft, doch eine wirkliche Vertretung hat diese, im Unterschied sowohl zu den Republikanern als auch zu den bürgerlichen Unionisten, die ihnen sozial fremd sind, nicht. Die Deindustrialisierung traf die protestantische Facharbeiterschaft besonders hart. Der soziale Aufstieg der Katholiken und ihr neues Selbstbewusstsein nahmen den Loyalisten aus den Arbeitervierteln auch noch die letzte Erfahrung von Dominanz und Stärke. Mit dem bürgerlichen radikalen Unionismus der DUP und der mediengewandten SF können die Loyalisten nicht konkurrieren. Politische Talente, wie sie SF in großer Zahl hervorbrachte, und alternative Karrieren zum Terrorismus hat der Loyalismus kaum zu bieten. Insofern verwundert es nicht, dass seit den frühen neunziger Jahren die Gewalt der Loyalisten jene der Republikaner übertraf und ihnen der Umstieg von der Gewalt in die konstitutionelle Politik schwer fällt.

Trotz allem: Ein erfolgreicher Friedensprozess

Der nordirische Frieden ist ein kalter Frieden. Vertrauen zwischen den Communities ist kaum gewachsen, die Segregation im Alltagsleben der Menschen ist, zumindest in Belfast, nach wie vor sehr groß, wie z.B. die zahlreichen „Peace Walls“ belegen, Mauern, die Brandbomben- und andere Attacken in gemischten Wohngebieten verhindern sollen. Die Wahlergebnisse vom 7. März unterstreichen die fortwirkende Trennung: Während in der alten republikanischen Hochburg West-Belfast diesmal 70% der Stimmen an SF und insgesamt weit über 80% an irisch-nationalistische Parteien gingen, sind es im Wahlkreis Ost-Belfast kaum mehr als 6%, während die Unionisten dort trotz Stimmenverlusten rund 70% erhielten. Doch so kalt und voller Misstrauen der Frieden in Nordirland auch ist, er verdient dennoch diesen Namen. Die politisch begründete Gewalt, der seit 1969 über 3.600 Menschen zum Opfer fielen, ist fast vollständig verschwunden. Die Arbeitslosigkeit ist in den letzten 10 Jahren deutlich gesunken, der beinahe unaufhaltsam wirkende Verfall der Städte in den meisten Gegenden gestoppt. Nordirland hat zunehmend Anteil an dem Aufschwung des irischen Südens. Noch prägen spezifische Probleme des alten Konflikts, wie etwa die Polizeifrage, die politische Landkarte des Nordens, doch „normale“ Erfolge und Probleme anderer europäischer Gesellschaften werden langsam bedeutender.

Der nordirische Friedensprozess hat nicht alle in ihn gesetzten Hoffnungen erfüllt. Sein Abschluss, zu dem eine Regierungsbildung von DUP und SF maßgeblich beitragen würde, steht noch aus. Doch ist dieser Prozess so stabil, dass auch ein Scheitern der Regierungsbildung keine Rückkehr in den Bürgerkrieg nach sich ziehen würde. Es gibt nicht viele Konflikte in der Welt, für die eine ähnliche Einschätzung möglich ist. Viele Menschen, die in solchen Konfliktregionen leben, würden sich einen erfolgreichen Friedensprozess wie jenen in Nordirland wünschen, wie kalt und unvollkommen er auch sein mag. Dass dieser Friedensprozess revolutionäre Illusionen der siebziger und idealistische Träume der neunziger Jahre nicht oder nur teilweise erfüllt hat, ist in dieser Perspektive kein allzu großes Problem.

Anstelle von Einzelbelegen folgen hier einige gebündelte Hinweise:

- Wahlergebnisse:
 - o BBC, <http://news.bbc.co.uk/2/shared/vote2007/nielection/html/main.stm>,
 - o RTE (irisches Fernsehen), <http://www.rte.ie/news/nielections2007/>.
- Berichterstattung zu den Wahlen und allgemein zur nordirischen Politik:
 - o Guardian (www.guardian.co.uk),
 - o Belfast Telegraph (bürgerlich-unionistisch, www.belfasttelegraph.co.uk),
 - o Irish Times (www.ireland.com),
 - o Irish Independent (www.unison.ie/irish_independent/),
 - o Irish Republican News (Sinn Fein-nah, <http://republican-news.org/>.)
- Spezielle Website-Angebote:
 - o The Blanket. A Journal of Protest and Dissent. <http://lark.phoblacht.net/>. Sammelpunkt vorwiegend, wenn auch nicht ausschließlich sich links und republikanisch verstehender Kritiker/innen von SF, z.T. sektiererische und militante Beiträge, aber auch ernst zu nehmende Kritik, insbesondere von Anthony McIntyre.
 - o Newshound. Links to daily newspaper articles about Northern Ireland, www.nuzhound.com.
 - o CAIN – Northern Ireland Conflict, Parties, & Society - <http://cain.ulst.ac.uk/>
- Parteien:
 - o DUP (www.dup.org.uk),
 - o SF (www.sinnfein.ie),
 - o UUP (www.uup.org),
 - o SDLP (www.sdip.ie),
 - o AP (www.allianceparty.org),
 - o GP (www.greens-in.org),
 - o PUP (www.pup-ni.org.uk).
- Einige Literaturhinweise:
 - o Zur Einschätzung von SF ein eigener Beitrag anlässlich der irischen Parlamentswahlen 2002: Wahlen im Land des keltischen Tigers (Sozialismus, Heft Nr. 7-8, Juli-August 2002, S. 60f.
 - o Eine gute aktuelle Darstellung in der deutschen Presse: FR, 7. März 2007, Thema Politik, S. 23ff.
 - o Unter den vielen Darstellungen zur Geschichte des irischen Republikanismus besonders hervorhebenswert: Richard English, Irish Freedom. A History of Nationalism in Ireland, London 2007. Ders., Armed Struggle. The History of the IRA, London 2003.
 - o Kevin Bean, Mark Hayes (Hg.), Republican Voices. Stimmen aus der irisch-republikanischen Bewegung. Übersetzt von Torben Krings, Kirsten Knaack und Claudia Knoll, Münster 2002. (Gespräche mit IRA-Mitgliedern aus den 1970- und 1980-er Jahren. Relativ ungefiltert und überwiegend kritisch gegenüber dem Adams-/McGuinness-Kurs, aber lesenswert, um republikanische Stimmungslagen nachzuvollziehen.)
 - o Zur Geschichte des Nordirland-Konfliktes z.B. Marc Mulholland, The Longest War. Northern Ireland's Troubled History, Oxford 2002.